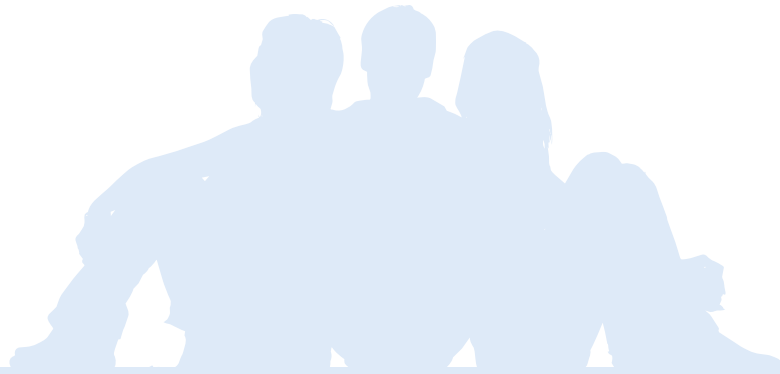


Generation Zuversicht

Wünsche und Zukunftserwartungen
der jungen Generation





Inhalt

- 4 Editorial:**
Zuversicht braucht Chancen
- 6 Kurzzusammenfassung**
- 6 Methodik**
- 8 Einleitung**
- 9 Zentrale Botschaften**
- 10 Die Ergebnisse der Befragung im Einzelnen**
 - 10 Zukunftserwartungen, Wünsche und Sorgen
 - 10 Leistung, Prioritäten im Leben und Kinderwunsch
 - 11 Zukunftssorgen
 - 11 Wohnen und Eigentumsbildung
 - 12 Finanzielle Sicherheit und Geldanlage
 - 12 Nachhaltigkeit und Klimaschutz
 - 12 Gesellschaftliche Teilhabe, Demokratie und Politik
 - 13 Demokratie, Politik und Vertrauen
- 14 Kommentare und Stimmen aus Politik und Wissenschaft**
- 22 Fazit**

Zuversicht braucht Chancen

Editorial

Wer heute zwischen 16 und 24 Jahre alt ist, wächst in einer Zeit auf, die von Krisen und Unsicherheit geprägt ist: Krieg in Europa, Klimawandel, wirtschaftliche Sorgen und die Frage, wie Alterssicherung künftig funktionieren kann. Umso bemerkenswerter ist ein Ergebnis dieser Studie: Eine Mehrheit der jungen Menschen blickt dennoch mit Zuversicht in die eigene Zukunft.

Diese Zuversicht ist keine Selbstverständlichkeit. Und sie ist auch kein naiver Optimismus. Die junge Generation sieht sehr genau, vor welchen Herausforderungen unser Land steht. Sie sorgt sich um Frieden, um eine handlungsfähige Politik und um ihre finanzielle Sicherheit im Alter. Gleichzeitig ist sie bereit, Verantwortung für das eigene Leben zu übernehmen. Fast zwei Drittel der Befragten sind überzeugt, dass Leistung und Anstrengung ihnen eine bessere persönliche Zukunft ermöglichen können.



Darin liegt eine große Chance für unsere Gesellschaft. Eine Generation, die gestalten will, braucht keine Belehrungen über Eigenverantwortung. Sie braucht Rahmenbedingungen, unter denen Eigenverantwortung auch zu etwas führen kann: zu Sicherheit, zu Aufstieg und zu einem selbstbestimmten Leben.

Besonders deutlich zeigt sich das beim Wohnen. Mehr als acht von zehn jungen Menschen möchten später im Wohneigentum leben. Sie wünschen sich ein Zuhause, das ihnen Unabhängigkeit, Sicherheit und Gestaltungsfreiheit bietet. Das eigene Zuhause ist für sie nicht in erster Linie ein Anlageobjekt. Es ist Teil ihrer Lebensplanung: ein Ort für Familie, persönliche Freiheit und Stabilität.

Doch gerade dieser Wunsch droht für viele schwer erreichbar zu werden. Hohe Bau- und Immobilienkosten, erhebliche Erwerbsnebenkosten und die Eigenkapitalhürde erschweren jungen Menschen und jungen Familien den Schritt ins Eigentum. Wer sich anstrengt, spart und vorsorgt, sollte aber eine realistische Chance auf ein eigenes Zuhause haben, auch ohne großes Erbe oder umfangreiche Unterstützung aus der Familie. Wohneigentum darf nicht zu einer Frage der Herkunft werden.

Das gilt umso mehr, weil die Sorge vor Altersarmut für junge Menschen längst sehr konkret ist. Zwei Drittel der Befragten befürchten, dass ihre spätere Rente oder ihre Rücklagen im Alter nicht zum Leben ausreichen werden. Diese Sorge verdient ernsthafte Antworten. Wohneigentum kann dabei ein wichtiger Bestandteil privater Vorsorge sein: Wer im Alter mietfrei

wohnen kann, gewinnt finanzielle Sicherheit und Handlungsspielraum.

Eigentumsbildung ist deshalb mehr als Wohnungspolitik. Sie ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Eine Gesellschaft, die von jungen Menschen Leistung, Vorsorge und Eigenverantwortung erwartet, muss ihnen zugleich die Möglichkeit geben, durch eigene Anstrengung Vermögen aufzubauen und ihre Zukunft abzusichern.

Die Studie zeigt zugleich, dass junge Menschen politisch interessiert sind und fest zur Demokratie unseres Grundgesetzes stehen. Dass sich dennoch fast alle zumindest teilweise von der Politik nicht ausreichend berücksichtigt fühlen, sollte uns nachdenklich machen. Vertrauen entsteht nicht allein durch Worte. Es entsteht dort, wo junge Menschen erleben, dass ihre Wünsche und Sorgen in konkrete Entscheidungen einfließen: bei Bildung, bezahlbarem Wohnen, Altersvorsorge und den Chancen auf Eigentum.

Die junge Generation ist keine Generation ohne Hoffnung. Sie will ihr Leben gestalten, sie will Verantwortung übernehmen, und sie glaubt daran, dass sich Anstrengung lohnen kann. Es liegt an uns, daraus konkrete Perspektiven zu machen: mit besseren Chancen auf Wohneigentum, verlässlicher privater Vorsorge und politischen Entscheidungen, die die Interessen junger Menschen sichtbar berücksichtigen.

Denn Zuversicht bleibt nur dann erhalten, wenn aus Leistung Chancen und aus Wünschen erreichbare Ziele werden.



Christian König

Hauptgeschäftsführer
Verband der privaten Bausparkassen (VdpB)

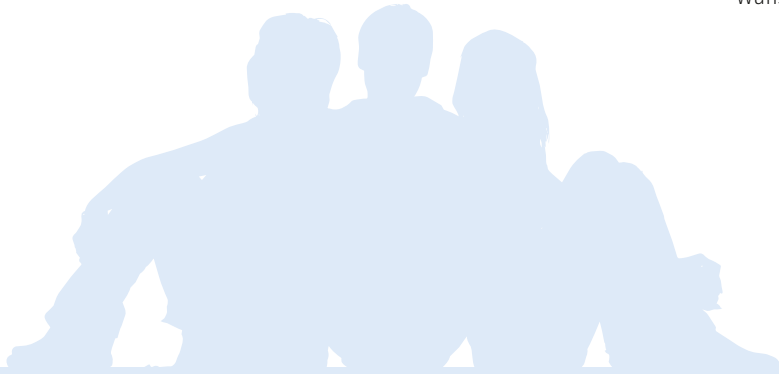
Kurzzusammenfassung

Die junge Generation ist überwiegend optimistisch und leistungsorientiert, legt Wert auf Lebensqualität, Familie, gesundes Essen und beruflichen Erfolg. Gleichzeitig hat sie große Sorgen vor Krieg, Krisen und Altersarmut. Zwei Drittel der jungen Menschen glauben an eine bessere persönliche Zukunft durch Leistung und Anstrengung. Der Wunsch nach Wohneigentum und Leben auf dem Land ist hoch. Das politische Interesse junger Menschen ist so stark wie lange nicht. Obwohl die Zustimmung zur Demokratie des Grundgesetzes sehr groß ist, ist aber nur noch die Hälfte der jungen Menschen zufrieden mit der politisch praktizierten Politik. Das Vertrauen in Politik und Wirtschaft ist auf einem Tiefstand: Nur jeder dritte junge Mensch hat (sehr) großes Vertrauen in die Bundesregierung, nur jeder Vierte in die Unternehmen und nur acht Prozent in die Sozialen Medien. Die meisten jungen Menschen fühlen sich von der Politik nicht ausreichend vertreten.

Methodik

Die vorliegende Trendstudie basiert auf einer repräsentativen Befragung und Gespräche mit Wissenschaftlern und Politiker:innen im Zeitraum März bis Mai 2026. Im Rahmen der Befragung wurden insgesamt 1.001 Personen zwischen 16- bis 24-Jährigen in Deutschland zu ihren Einstellungen und Erwartungen im Hinblick auf die gesellschaftliche Entwicklung und die Problemprioritäten in Deutschland, ihre Haltungen zum Thema Wohnen und Eigentumsbildung, zur finanziellen Sicherheit und Geldanlage, zum Thema Nachhaltigkeit und Klimaschutz sowie zu ihren Meinungen im Hinblick auf gesellschaftliche Teilhabe, Demokratie und Politik in Deutschland befragt.

Die repräsentative Befragung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen wurde vom 11. bis 26. März 2026 im Rahmen des repräsentativen Panels forsa omninet durchgeführt. Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Grundgesamtheit übertragen werden und werden im vorliegenden Ergebnisbericht vorgestellt.



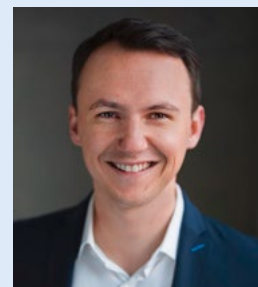
Folgenden Politiker:innen und Ökonomen standen uns für Gespräche zur Befragung zur Verfügung. Ihnen gilt unser Dank:



Elisabeth Kaiser
MdB SPD,
Ostbeauftragte der
Bundesregierung



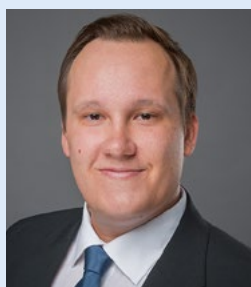
Lisa Paus
MdB B90/Die Grünen,
Vorsitzende des
Haushaltsausschusses



Pascal Reddig
MdB CDU/CSU,
Vorsitzender der Jungen
Gruppe



Dr. Pekka Sagner
Institut der deutschen
Wirtschaft



**Dr. Maximilian
Stockhausen**
Institut der deutschen
Wirtschaft





Einleitung

„Wir brauchen einen großen Streit um die Frage, welches Deutschland wir sein wollen, damit auch die Jugend eine Zukunft hat.“

Joschka Fischer (2026)

Jüngere Menschen wachsen heute in einer Zeit multippler Krisen auf. Die Bevölkerung wird älter und weniger, das Wirtschaftswachstum geht seit Jahren kontinuierlich zurück, kulturelle Konflikte nehmen zu. Trotz dieser Krisen blickt die junge Generation persönlich zuversichtlich in die Zukunft. Leistung und Erfolg sind in Politikverdrossenheit ist out. Und dennoch ist das Vertrauen der jungen Menschen in Bundesregierung, Parteien und Unternehmen auf einem Tiefstand. Es ist eine Generation, die Sicherheit, Orientierung und Vertrauen sucht und sich von der Politik weitgehend vergessen fühlt. Wenn das Gefühl dominiert, dass dem Land wenig an der Jugend liegt, wächst die Gefahr einer stillen Flucht, die sich als Auswanderung zeigt oder als Rückzug ins Private. Nach der zu Beginn des Jahres veröffentlichten Trendstudie „Jugend in Deutschland“ können sich 41 Prozent der 14- bis 29-Jährigen vorstellen, im Ausland zu leben. Jeder Fünfte hat konkrete Abwanderungspläne.

Grundgesetz, Erfolg, Wohneigentum

Für ein Leben in Deutschland sprechen aus Sicht der Generation Alpha das Grundgesetz, der Rechtsstaat, das Gesundheitssystem und kostenfreie Bildung. Das, was für junge Menschen heute zählt, ist, was sie unmittelbar selbst beeinflussen können: Das Leben genießen, Zeit mit Partner und Familie, gesunde Ernährung, Erfolg im Beruf und ein hoher Lebensstandard. Der Kinderwunsch ist hoch, fast alle wollen später im Wohneigentum leben.

Das Vertrauen der Jugend in Politik und Wirtschaft ist auf einem Tiefstand. Ein Großteil fühlt sich von der Politik nicht ausreichend vertreten. Wie und wo kann neues Vertrauen in die politischen Institutionen, allen voran Parteien und Regierungen, und in die Wirtschaft entstehen? Das vorliegende Trendpapier will zu dieser Frage einen Beitrag leisten. Vor den Antworten kommen die Debatte und der Streit. Sie sind es, die eine offene und freie Gesellschaft von einer geschlossenen und autoritären unterscheidet. Heute und in Zukunft.

Zentrale Botschaften

- 1. Generation Zuversicht.**
59 Prozent der 16- bis 24-Jährigen blicken mit Zuversicht in die Zukunft.
- 2. Leistung und Anstrengung sind in.**
64 Prozent sind der Überzeugung, dass eine bessere persönliche Zukunft durch Leistung und Anstrengung möglich ist.
- 3. Die fünf Top-Prioritäten:**
Das Leben genießen, viel Zeit mit Partner und Familie, gesunde Ernährung, Erfolg im Beruf und ein hoher Lebensstandard.
- 4. Die größten Sorgen:**
Kriegsgefahr, Überforderung der Politik, Altersarmut, Klimakrise, wachsende Ungleichheit und Gefährdung der Demokratie durch Rechtsextremismus.
- 5. Wohneigentum statt Miete.**
Mehr als 80 Prozent wollen in Zukunft in einem Eigenheim, nur 9 Prozent zur Miete wohnen.
- 6. Land statt (Groß-)Stadt.**
Eine große Mehrheit zieht das Leben auf dem Land vor. Nur jeder Dritte will in einer Metropole wohnen.
- 7. Angst vor Altersarmut ist die größte materielle Sorge.**
Zwei Drittel (66 Prozent) sorgen sich, dass die eigene Rente bzw. Rücklagen im Alter nicht zum Leben ausreichen (bei den Frauen fast drei Viertel, 72 Prozent).
- 8. Mehr Investitionen in die Zukunft:**
Bildung, bezahlbarer Wohnraum, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Mobilität und Stärkung der Demokratie sind die wichtigsten Aufgaben.
- 9. Große Zufriedenheit mit dem Grundgesetz, unzufrieden mit der „praktizierten Demokratie“.**
Während drei Viertel mit dem demokratischen System zufrieden sind, ist nur die Hälfte mit der Demokratie, wie sie tatsächlich funktioniert und praktiziert wird, zufrieden.
- 10. Das Interesse an Politik ist hoch, vor allem im Osten.**
Mehr als zwei Drittel (70 Prozent) interessieren sich (sehr) stark für Politik. In Ostdeutschland ist das Interesse noch höher (84 Prozent).
- 11. Optimisten sind politisch in der Mitte, Pessimisten an den Rändern des politischen Spektrums.**
Anhänger der CDU/CSU, Grünen und der SPD sind optimistisch, Anhänger von AfD und LINKE pessimistisch.
- 12. Das Vertrauen in Institutionen ist hoch, das in Soziale Medien gering.**
Das größte Vertrauen genießen Universitäten und Krankenhäuser (82 Prozent), Gerichte (78 Prozent) und Polizei (73 Prozent), gefolgt vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk (58 Prozent) und den Tageszeitungen (53 Prozent). Das geringste Vertrauen haben die Sozialen Medien mit 8 Prozent.
- 13. Von der Politik vergessen.**
Nur vier Prozent der jungen Menschen halten das Urteil, dass die Politik bei ihren Entscheidungen die Interessen der jungen Generation zu wenig berücksichtigt, für gar nicht zutreffend. Über 90 Prozent teilt dagegen die Auffassung teilweise oder voll und ganz.

Die Ergebnisse der Befragung im Einzelnen

1. Zukunftserwartungen, Wünsche und Sorgen

Zuversicht und Optimismus dominieren, vor allem in der Mitte. Eine deutliche Mehrheit (59 Prozent) der Jugendlichen und jungen Erwachsenen blickt mit Zuversicht in die Zukunft. Dabei sind junge Männer zuversichtlicher (64 Prozent) als junge Frauen (54 Prozent) und eine große Mehrheit der Anhänger der demokratischen Parteien der Mitte optimistischer (Union: 70, SPD: 66, Grüne: 69 Prozent), wohingegen bei Anhängern von AfD und LINKE der Pessimismus überwiegt (55 und 56 Prozent).

2. Leistung, Prioritäten im Leben und Kinderwunsch

Leistung und Anstrengung führen zu einem besseren Leben, in West wie Ost. Fast zwei Drittel (64 Prozent) der jungen Generation sind der Überzeugung, dass Leistung und Anstrengung zu einer besseren persönlichen Zukunft führen. Besonders überzeugt sind 16- bis 17-Jährige (82 Prozent). Bei den Lebensprioritäten zeigt sich eine hohe Übereinstimmung zwischen den Geschlechtern, Alterskohorten und zwischen Ost und West. Zu den drei Top-Prioritäten gehören „das Leben genießen“ (94 Prozent), „viel Zeit mit dem Partner/in und der Familie verbringen“ (92 Prozent) und sich „gesund ernähren“ (85 Prozent). Erfolg im Beruf (79 Prozent) und ein hoher Lebensstandard sind mehr als 70 Prozent (sehr) wichtig. Unterschiede gibt es zwischen den Geschlechtern beim Ziel, sich „immer umweltbewusst zu verhalten“, das für 70 Prozent der jungen Frauen, aber nur für 51 Prozent der jungen Männer eine große Bedeutung hat, während das Bewahren von „Tradition“ für junge Männer deutlich wichtiger ist (51 Prozent) als für junge Frauen (33 Prozent).

Fast zwei Drittel (64 Prozent) der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne Kinder möchte in Zukunft Kinder haben. Junge Menschen, die mit Zuversicht in die Zukunft blicken, haben deutlich häufiger einen Kinderwunsch (71 Prozent) als jene, die pessimistisch in die Zukunft schauen (55 Prozent).

3. Zukunftssorgen

Kriegsgefahr, Überforderung der Politik und unsichere Renten dominieren. Zu den größten Sorgen gehören die wachsende Kriegsgefahr (86 Prozent), die Überforderung der Politik (79 Prozent), nicht mehr sichere Renten (77 Prozent), die Folgen einer Klimakrise (73 Prozent), eine wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft (70 Prozent) sowie die Gefährdung der Demokratie durch rechtsradikale Kräfte (67 Prozent). Sorgen um Wohlstand und Wachstum (59 Prozent) sowie Spannungen durch Zuwanderung (50 Prozent) werden vergleichsweise seltener genannt.

4. Wohnen und Eigentumsbildung

Wohneigentum bedeutet Unabhängigkeit und Sicherheit. Eine sehr große Mehrheit der jungen Menschen will in Zukunft im Eigentum leben (82 Prozent). Nur jeder Zehnte will zur Miete wohnen (9 Prozent). Als Hauptgründe werden immaterielle Gründe wie „Unabhängigkeit“ (28 Prozent), „Sicherheit“ (21 Prozent) und „Gestaltungsfreiheit“ (20 Prozent) genannt. Erst danach folgen finanzielle Aspekte wie steigende Mietkosten (16 Prozent), eine gute Kapitalanlage (14 Prozent) bzw. finanzielle Sicherheit (13 Prozent) oder eine gute Altersvorsorge (7 Prozent). Gegen den Erwerb von Wohneigentum werden vor allem damit verbundene Kosten genannt (50 Prozent).

Kleine Städte und Gemeinden sind beliebt. Junge Menschen, die heute in Städten mit mindestens 20.000 Einwohnern leben, wollen in Zukunft eher in kleineren Städten und Gemeinden leben als heute. Die größte Übereinstimmung zwischen Wunsch und Wirklichkeit im Hinblick auf die Größe des Wohnortes ergibt sich in Orten mit weniger als 5.000 Einwohnern: Fast zwei Drittel (62 Prozent) geben an, auch in Zukunft in einer kleinen Gemeinde dieser Größe leben zu wollen. Die geringste Übereinstimmung ergibt sich bei jungen Menschen, die derzeit in einer Metropole mit mehr als 500.000 Einwohnern leben. Nur jeder Dritte (36 Prozent) will in Zukunft an einem Ort dieser Größe leben. Befragte, die in anderen Ortsgrößen leben, wollen zwischen 44 und 47 Prozent auch künftig in einer Stadt oder Gemeinde dieser Größe leben.

5. Finanzielle Sicherheit und Geldanlage

Altersarmut ist die größte materielle Sorge der jungen Generation. Zwei Drittel (66 Prozent), sorgen sich, dass die eigene Rente bzw. Rücklagen im Alter nicht zum Leben ausreichen (bei den Frauen fast drei Viertel, 72 Prozent). Weitere Sorgen sind die Sicherheit der Ersparnisse (52 Prozent), dass es ihnen in Zukunft schlechter gehen wird, als den eigenen Eltern (48 Prozent) oder dass sich ihre finanzielle bzw. soziale Lage stark verschlechtert (47 Prozent). Um den Verlust des bestehenden Arbeits- oder Ausbildungsplatzes macht sich nur jeder Vierte (24 Prozent) Sorgen.

Wer Geld anlegt, spart meist auf den Erwerb von Wohneigentum. Aktien, Aktienfonds und ETFs sind unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen die meistgenutzte Form der Geldanlage (56 Prozent). Das klassische Sparbuch wird mit 51 Prozent immer noch genutzt. Mit dem Alter nehmen Produkte wie Festgeld oder Tagesgeld (39 Prozent), Bausparvertrag (25 Prozent) und Renten-/Kapital- bzw. Lebensversicherung (14 Prozent) zu. Mehr als die Hälfte (55 Prozent) derer, die zumindest eine Geldanlage nutzen, spart auf den Erwerb von Wohneigentum hin. Fast jeder Zehnte (9 Prozent) legt kein Geld an.

6. Nachhaltigkeit und Klimaschutz

Alle Akteure sind in der Pflicht. Gefragt nach den Akteuren, die am meisten in der Verantwortung für mehr Klimaschutz stehen, werden Staat und Politik (28 Prozent) und die Wirtschaft (27 Prozent) genannt. Nur 4 Prozent sehen die Verantwortung in erster Linie bei den Bürgerinnen und Bürgern. Am häufigsten werden alle Akteure in der Pflicht gesehen (36 Prozent).

7. Gesellschaftliche Teilhabe, Demokratie und Politik

Die Prioritäten für die Zukunft der Gesellschaft sind Bildung (97 Prozent), bezahlbarer Wohnraum (94 Prozent) und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (90 Prozent), gefolgt von der Verbesserung der Mobilität (87 Prozent), der Stärkung der demokratischen Institutionen (80 Prozent), der Verringerung von sozialer Ungleichheit (79 Prozent), Umwelt- und Klimaschutz (77 Prozent) und der Gleichstellung der Geschlechter (74 Prozent).

8. Demokratie, Politik und Vertrauen

Die Generation Grundgesetz ist unzufrieden mit der real existierenden Demokratie. Drei Viertel (75 Prozent) der jungen Menschen sind mit der Demokratie, wie sie im Grundgesetz festgelegt ist, zufrieden. Nur die Hälfte (50 Prozent) ist zufrieden damit, wie die Demokratie tatsächlich funktioniert. Die andere Hälfte (49 Prozent) ist mit der „praktizierten Demokratie“ weniger oder gar nicht zufrieden.

Die junge Generation hat ein hohes Interesse an Politik. Mehr als zwei Drittel (70 Prozent) interessieren sich stark oder sehr für Politik. In Ostdeutschland ist das Interesse noch höher (84 Prozent). Fast zwei Drittel (63 Prozent) sind mit den politischen Beteiligungsmöglichkeiten in Deutschland (sehr) zufrieden.

Wenig Vertrauen in Bundestag, Bundesregierung und Parteien. Universitäten und Krankenhäuser (82 Prozent), Gerichte (78 Prozent) und Polizei (73 Prozent) haben das größte Vertrauen der jungen Menschen. Mehr als die Hälfte vertraut (sehr) dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk (58 Prozent) und den Tageszeitungen (53 Prozent). Der Bundeswehr bringt fast die Hälfte (49 Prozent) Vertrauen entgegen. Deutlich weniger Vertrauen als der Bundestag (45 Prozent) genießen bei jungen Menschen die Bundesregierung (33 Prozent) und die politischen Parteien (21 Prozent). Das geringste Vertrauen haben die katholische Kirche und die sozialen Medien mit 12 und 8 Prozent.

Meinungen zu politischen Parteien: Grüne und Linke bei Frauen, CDU und AfD bei Männern stärker im Kurs. Universitäten und Krankenhäuser Gefragt nach einer Bewertung der politischen Parteien landet keine im oberen Spektrum von 0 bis 10. Die Grünen erreichen einen Mittelwert (4,8), gefolgt von SPD (4,4), Linke (4,1), CDU (3,9), CSU und FDP (je 3,2). Am schlechtesten werden BSW und AfD bewertet (jeweils 1,7). Deutliche Unterschiede zeigen sich bei den Geschlechtern: Frauen bewerten Grüne (5,4) und Linke (5,3) deutlich besser als Männer (4,3 bzw. 3,2), während AfD (2,3) und CDU (4,3) bei Männern deutlich besser abschneiden als bei Frauen (1,1 bzw. 3,4).

Die Interessen junger Menschen werden von der Politik wenig berücksichtigt. Jeder zweite Jugendliche und junge Erwachsene (in Ostdeutschland zwei Drittel, 65 Prozent) teilt die Auffassung (voll und ganz), weitere 42 Prozent teilweise, dass die Interessen der jüngeren Generation von der Politik nicht berücksichtigt werden. Nur 4 Prozent halten das Urteil für nicht zutreffend.

Nur drei Prozent informieren sich gar nicht über Politik. Persönliche Gespräche mit Verwandten, Freunden und Bekannten sind die meistgenutzte Informationsquelle junger Menschen (66 Prozent), gefolgt von Sozialen Medien und Portalen (jeweils 61 Prozent), Fernsehen und Tageszeitungen (jeweils 48 Prozent) und dem Radio (31 Prozent). Nur drei Prozent informieren sich gar nicht über Politik.

Kommentare und Stimmen aus Politik und Wissenschaft

Eine Generation zwischen Zuversicht und Krisenmodus

»Deutschland ist immer noch ein Land, in dem es viele Möglichkeiten und Perspektiven gibt. Ich sehe es als eine wichtige Aufgabe für die Politik dafür Sorge zu tragen, dass wir überall in Deutschland gut leben können und dass wir allen jungen Menschen Perspektiven geben – in Ost- wie in Westdeutschland.«

Elisabeth Kaiser

Elisabeth Kaiser, MdB SPD und Ostbeauftragte der Bundesregierung, erlebt „eine neue, selbstbewusste ostdeutsche Generation, die sich vermehrt mit dem Thema Ost-West auseinandersetzt. Ihr Blick auf die Welt ist geprägt von den eigenen Erfahrungen im vereinten Deutschland und den Erzählungen ihrer Elterngeneration. Er unterscheidet sich von früheren Debatten und ist für uns als Gesellschaft sehr bereichernd.“ Dass junge Menschen optimistischer in die Zukunft blicken als Ältere, sieht die Abgeordnete aus Thüringen als gutes Zeichen, „dass sie trotz der vielen Herausforderungen und auch Sorgen ihren Optimismus nicht verlieren.“

Pascal Reddig, der Vorsitzende der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundstagsfraktion, hält die weit verbreitete Meinung, die junge Generation wolle sich nicht anstrengen, für falsch. Die Umfrage zeige vielmehr, „dass 40 Prozent nicht mit Zuversicht in die Zukunft blicken und ein Drittel davon ausgeht, dass Leistung sich nicht mehr lohnt in Deutschland.“ Die junge Generation brauche „ein Signal für mehr Zuversicht. *Wir brauchen ein klares Zeichen, dass das Aufstiegsversprechen gilt und man mit Zuversicht in die Zukunft blicken kann und es der jungen Generation auch wieder besser gehen wird.*“ Die Steuer- und Abgabenlast sei heute zu hoch, „es fehlen oft Anreize für Leistung, sich mehr anzustrengen.“

Pekka Sagner vom Institut der deutschen Wirtschaft sieht die Zuversicht der jungen Generation im Zeitfaktor begründet: „*Es gibt viele Gründe, warum man positiv in die Zukunft schauen kann als junger Mensch. Man hat die meiste Zeit noch vor sich.*“ Auch wenn die Jugend „mehrere Krisen in den letzten Jahren erlebt“ habe: „Zum einen ist die Friedensdividende auch verbraucht, die wir seit den 1990ern quasi bis zum Beginn der 2020er im Prinzip erlebt haben.“ Sein Kollege Maximilian Stockhausen ergänzt: „*Das Ergebnis ist erfreulich, denn Aufstieg durch Leistung und Anstrengung ist noch immer die Leitidee unserer sozialen Marktwirtschaft. Ziel ist, dass jede Generation ein besseres Leben führen kann als die eigenen Eltern davor.*“ Dennoch habe „die Corona-Pandemie die Epoche des stetig steigenden Wachstums abrupt beendet.“

Seitdem sind wir im Krisenmodus. Spätestens mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine sind wir aufgrund der damit verbundenen außergewöhnlich hohen Preissteigerungen, insbesondere bei der Energie, heute auf dem Wohlstandsniveau von 2019. Einen so großen Rückgang der Kaufkraft wie durch diese hohe Inflation haben wenige Generationen mitgemacht.“

Das Aufstiegsversprechen bleibt essenziell

Für die Idee der sozialen Marktwirtschaft sei das Aufstiegsversprechen durch Leistung essenziell, so Sagner: „Dass sich Leistung lohnt, dass man Dinge erwirtschaften kann durch sein eigenes Zutragen, dass man sie nicht ausgeliefert fühlt, der angesprochenen ökonomischen Unsicherheit, der angesprochenen geopolitischen Risiken. Durch eigenes Handeln lässt sich innerhalb der erlebten Unsicherheiten eine prosperierende Zukunft gestalten.“ Junge Menschen seien heute ebenso leistungsbereit wie auf eine gesunde Balance aus Leben und Arbeit bedacht: „Das Thema Work-Life-Balance ist nicht nur für die jungen Menschen, sondern auch für die älteren Menschen deutlich relevanter geworden. Heute arbeitet man, um zu leben und lebt, um zu arbeiten: Work-Life-Blending. Leben und arbeiten geht ineinander über.“

Reform der Altersvorsorge

Finanzielle Unsicherheit im Alter ist die größte materielle Sorge junger Menschen. Die Sorge sei begründet, so Pekka Sagner, Grund zur Angst bestehe aber nicht: „Die Fragen sind berechtigt: Wie möchte ich im Alter wohnen? Welchen Lebensstandard möchte ich halten?“ Maximilian Stockhausen sieht die zentrale Ursache im „hohen Stabilitäts- und Sicherheitsbedürfnis“ junger Menschen. Die Politik habe mit der Riesterreform als Teil der Hartz-Reformen vor mehr als 20 Jahren „Abschied genommen von der Sicherung des Lebensstandards im Alter allein durch die erste Säule, das heißt durch die gesetzliche Rente.“ Stockhausen

»Viele der Jungen haben sich arrangiert und planen in diesen unsicheren Phasen für die Zukunft und treffen wichtige Entscheidungen wie den Erwerb von Wohneigentum oder Altersvorsorge.«

Pekka Sagner

fordert eine Reform der betrieblichen und privaten Altersvorsorge und die Stärkung des Wohneigentums als Teil der Altersvorsorge. Vor allem rentennahe Mieter hätten „eine hohe Altersvorsorgelücke, wie wir kürzlich in einem Gutachten für den Verband der Privaten Bausparkassen zeigen konnten.“ Sein Kollege Pekka Sagner ergänzt: „Wir sind jetzt mitdrin im entscheidenden Reformprozess und an den Punkt, dass wir unser Rentensystem reformieren müssen und ein kapitalgedeckter Anteil dazu kommt. *Viele erleben ein gewisses Maß an Unsicherheit: Wie gehe ich jetzt um damit? Welche Form der Altersvorsorge ist richtig für mich? Insbesondere junge Leute müssen sich jetzt darauf einstellen, dass man privat vorsorgen muss.*“

Der Vorsitzende der Jungen Gruppe, Pascal Reddig (CDU) kommentiert die Sorge vor Altersarmut mit unzureichenden Reformen: „Die Politik hat es in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht ausreichend geschafft, darauf zu antworten und die richtigen Entscheidungen zu treffen und unsere sozialen Sicherungssysteme auch für die Zukunft aufzustellen. Wir müssen unsere Systeme so aufstellen, dass sie auch in Zukunft noch funktionieren.“ Am Beispiel der Altersvorsorge macht er deutlich: „*Für die heute Jüngeren muss klar sein, dass ihr Gesamtversorgungsniveau, wie sie im Alter abgesichert sind, auch in Zukunft wieder steigen wird. Ich bin überzeugt: Die junge Generation wird in Zukunft besser abgesichert sein.*“

Und Elisabeth Kaiser (SPD) ergänzt: „Früher haben sich junge Menschen kaum Gedanken gemacht über ihre Altersvorsorge. Aber heute, wo wir viel darüber sprechen, ob unser Rentensystem noch stabil ist mit immer mehr älteren Menschen und immer weniger jungen Menschen, die das System tragen müssen im Erwerbsleben, spielt das eine größere Rolle. Die Frage, wie schaffe ich es eigentlich für mein Alter finanziell gut vorzusorgen, wird von vielen jungen Menschen vor allem in Ostdeutschland gestellt.“

Wohneigentum

Das Thema Wohneigentum steht dabei ganz oben. „My Home is my Castle“ sei das Motto der sicherheitsorientierten Generation Z, so Stock-

hausen, obwohl die Hürden für den Ersterwerb und die Erwerbsnebenkosten hierzulande vor allem in den großen Städten und Metropolregionen sehr hoch seien. Dass Deutschland das Land mit der geringsten Wohneigentumsquote in Europa ist, sieht Sagner in den hohen Erwerbsnebenkosten und einem hohen Grunderwerbssteuersatz. Auch deshalb ziehen die Menschen in den 100 größten kreisfreien Städte wieder aufs Land: „Wir haben einen sehr angespannten Markt in den großen Städten, es ist das Zusammenspiel aus Push- und Pull-Faktoren, die den Umzug in den ländlichen Raum befördern.“ In Regionen, die eher ländlich geprägt sind, sieht Stockhausen „sinkende Immobilienpreise und geringere finanzielle Erfordernisse, um sich ein Eigenheim auch schon in jüngeren Jahren leisten zu können. Ob mehr Jüngere und junge Familien aufs Land ziehen, hänge am Ende auch „von der weiteren technologischen Entwicklung wie der KI ab und der Möglichkeit, flexibel auch im Homeoffice zu arbeiten.“

Der junge Bundestagsabgeordnete Pascal Reddig fordert niedrigere Preise und Kosten für den Erwerb von Wohneigentum: „Einfamilienhäuser, Reihenhäuser, nicht nur in Ballungsräumen, sind für jemanden, der nicht geerbt hat, kaum noch zu bezahlen. *Wohneigentum ist auch eine Frage der Gerechtigkeit und der Generationengerechtigkeit. Wir müssen wieder dahin kommen, dass Wohneigentum auch für junge Familien, für junge Menschen möglich ist.* Durch staatliche Regulierung, indem der Staat festsetzt, wie hoch die Preise sind, sei das nicht zu schaffen. Eine bessere Antwort, schnell und günstig zu bauen, sei serielles Bauen.

Für viele junge Menschen ist die Frage, wie bezahlbares und attraktives Wohnen auch in der Zukunft erreicht werden kann, eine der großen Fragen unserer Zeit, sagt auch Elisabeth Kaiser (SPD): „Wohneigentum kann Altersvorsorge sein und ein mietfreies Leben im Alter ermöglichen. Jedem sollte es möglich sein, in dem Umfeld und der Wohnform zu leben, die für ihn stimmig ist. *Programme wie „Jung kauft alt“ zeigen, dass man sich eine Immobilie leisten kann. Wir müssen mit Fördermitteln Anreize schaffen, gerade für Menschen mit weniger hohen Einkommen, eine Immobilie zu erwerben.*“

»Das schönste Versprechen der Bundesrepublik war immer, dass es der nächsten Generation mal besser gehen wird. Wenn daran nicht mehr alle glauben, macht das insgesamt etwas mit der Gesellschaft.«

Pascal Reddig

»Die beste Zukunft für die junge Generation ist möglich, wenn wir es hinbekommen, die Krisen zu bewältigen und dass unser Planet nicht verbrennt, sondern wir unseren Planeten klimaneutral hinbekommen.«

Lisa Paus

Generation ETF und Aktiensparen

Bei jungen Menschen steht die Vermögensbildung über Aktien und ETFs auf Platz eins. Für Stockhausen ist das wenig überraschend: *„Bei den Jüngeren ist das Bewusstsein stärker ausgeprägt die Vorteile des Kapitalmarkts mit Hilfe des Zinses-Zinseffekts zu nutzen, um langfristig Kapital für das Alter zu bilden. Das ist gut und wichtig und dürfte helfen, zukünftige Altersarmutsrisiken zu reduzieren.“* Das Ziel der Jüngeren sei eine renditestärkere Vermögensbildung. Obwohl das Sicherheitsbedürfnis und die Sparneigung groß sind, sei die finanzielle Bildung eher niedrig. Ein Begriff wie „Zinseszinsseffekt“ sei kaum bekannt. Die Ostbeauftragte der Bundesregierung, Elisabeth Kaiser (SPD), sieht es positiv, dass heute bereits Kinder und Jugendliche Erfahrungen mit dem Kapitalmarkt sammeln: *„Wichtig sind daher die Themen Finanzbildung und Frühstartrente.“*

Die frühere Bundesjugendministerin Lisa Paus, MdB B90/Die Grünen, fordert eine Diskussion um ein Grunderbe: *„Es macht einen Riesенunterschied, ob ich aus einem Elternhaus komme, wo nichts ist oder aus einem Elternhaus, wo Vermögen vorhanden ist, wo es ein Haus gibt, wo vererbt wird. Deutschland ist nach wie vor ein stark durchgeschichtetes Land mit geringer sozialer Mobilität. Der größte Teil des Vermögens ist nicht durch Leistung erwirtschaftet worden, sondern wird vererbt. Das ist auch aus der Perspektive des Leistungsgedankens nicht besonders fair.“* Hier für gerechtere Bedingungen zu sorgen ist wichtig, zum Beispiel indem Reichtum stärker besteuert wird und man Startchancen von jungen Menschen verbessert.

Das Ende der Politikverdrossenheit

Das hohe Interesse an Politik und die Zustimmung zur Demokratie des Grundgesetzes sind für Lisa Paus ermutigende Nachrichten: *„Die Zeit der Politikverdrossenheit ist vorbei. Diese Generation ist so politisch wie nie und sie will Verantwortung übernehmen.“* Dass so viele junge Menschen hinter der Demokratie stehen, sei *„gerade in diesen Zeiten ein starkes Zeichen, wenn autoritäre Regime wie die Pilze aus dem Boden schießen.“*

Die Enttäuschung über die praktizierte Demokratie begründet die Vorsitzende des Haushaltsausschusses mit der Realität im Alltag, „dass vieles nicht funktioniert: Wie können sie es sonst zulassen, dass die Schule kaputt ist, dass Lehrer überfordert sind, dass Sportplätze geschlossen werden und wir nicht wirklich so aufwachsen können, wie wir es uns, wie es unsere Eltern uns wünschen und wie es eigentlich auch selbstverständlich sein sollte in Deutschland?“ Auch für den Vorsitzenden der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Pascal Reddig habe Politik in den letzten Jahren zu wenig für junge Menschen gemacht, die Interessen der jungen Generationen hätten kaum eine Rolle gespielt: „Das liegt auch daran, dass die Älteren in der Zahl mehr sind als die Jungen und Politik sich nach Wählergruppen orientiert. Ich halte das für einen Fehler. Wir müssen auch darauf achten, was interessiert eine junge Generation, was sind die Themen, die sie beschäftigen?“

Nicht nur in den Parteien, „auch in anderen Organisationen dominiert die Kultur und Einstellung: „Ihr könnt gerne dazukommen, aber ändern tun wir nichts“, so Lisa Paus und fordert auf Bundesebene einen Jugendbeteiligungsrat wie ihn der neu gewählte Ministerpräsident von Baden-Württemberg Cem Özdemir einrichten will. Demokratie und Gesellschaft lebe von Beteiligung und Engagement. Für Elisabeth Kaiser (SPD) kann „in einer Gesellschaft, in der die Mehrheit älter ist, ein junger Mensch schnell das Gefühl gewinnen, mit seinen Interessen, Wünschen und Fragen nicht gesehen werden.“ Ihre Forderung: *„Wir müssen die Themen Jugendbeteiligung und Demokratiebildung stärken und deutlich machen: Ihr seid ein aktiver Teil unserer Demokratie, ihr könnt und solltet sie gestalten!“* Gerade in der heutigen Medienlandschaft, wo sich viele in ihrer Blase bewegen, werde es nicht einfacher. „Wir müssen diese Blasen ein Stück weit durchbrechen, gerade in Plattformen wie TikTok, die stark von jungen Menschen genutzt werden“, so Kaiser: „Wie können wir hier stärker aufklären und vermitteln, Medienbildung betreiben und dazu anregen, sich auch anders zu informieren als nur über solche Plattformen, um ein gesamtheitlicheres Bild über Politik zu bekommen, ein differenzierteres Bild über Parteien oder Regierungsentscheidungen?“ Die Erfahrungen mit den Freiwilligendiensten würden zeigen, „was es für einen jungen Menschen bedeuten kann, wenn man sich engagiert. In diese Dienste und Formate müssen wir mehr investie-

ren, damit alle jungen Menschen diese Möglichkeiten haben“, so die SPD-Abgeordnete.

Auch für Pascal Reddig (CDU) stimmen die Unkenrufe, dass die junge Generation unpolitisch sei, nicht: *„Wir haben eine hochpolitisierte Jugend, die sich für Demokratie interessiert und die auch spürt, in was für einer Zeit wir gerade leben, in einer Polarisierung der Gesellschaft, mit einer extremen Linken, mit einer extremen Rechten, die immer größer werden und die zu einer massiven Spaltung in der Gesellschaft beitragen.“* Die Parteien in der Mitte, Union, SPD und Grüne, müssten „Lösungen finden, die gut sind, die zu Reformen führen, die das Land wieder auf Kurs bringen, besser machen und dazu beitragen, dass es den Menschen am Ende wieder gut geht.“ Mit einem positiven Zukunftsversprechen werde auch das Vertrauen der jungen Menschen wieder größer.

Als Antwort auf den empfundenen Verlust von Gemeinschaft fordert Paus: *„Wir müssen mehr tun für Begegnungen. Eine Zivilgesellschaft braucht gemeinsame Orte. In vielen Dörfern gibt es keinen Treffpunkt mehr, Kirchen schließen, Treffpunkte fallen weg.“*

Sorge vor Erstarren des Rechtsextremismus

Der größte Teil der jungen Menschen wünscht sich keine rechtspopulistische Partei. *„Die AfD bietet auf relevante ökonomische Fragen keine Antwort“,* so Pekka Sagner und fordert überfällige Reformen, die der jungen Generation dienen sollen, auf den Weg zu bringen: *„die Rentenreform, die Reform des Gesundheitswesens, das Sondervermögen, das wir in Infrastruktur investieren, um auch in Zukunft wirtschaftlich handlungsfähig zu sein.“*

Und Maximilian Stockhausen begründet die Kluft zwischen der hohen Zustimmung zu demokratischen Werten und Institutionen und sinkendem Vertrauen in Parteien und Bundesregierung mit einer wachsenden Komplexität: *„Die Gesellschaft ist heterogener und pluraler, die mediale Spannung durch Social Media größer. Demokratie praktizieren ist heute schwieriger als früher, auch weil die Nachfrage nach Mitbestimmung und Beteiligung gewachsen ist.“* Koalitionen zu bilden, ob auf Bundes- oder

Landesebene, werde immer schwerer. Stockhausen fordert „*mehr Verständnis und mehr Vertrauen für und in die Politik und die Bereitschaft auch selbst Verantwortung zu übernehmen.*“ Auch er sorgt sich vor einer politischen „Zersplitterung und dem Erstarren des Rechtsextremismus: Dass die Leute so verbittert sind über die Ergebnisse der Politik, dass sich auch vernünftige Menschen entnervt abwenden, rechtsextremen Kräften die Stimme geben und dass es dann zu Mehrheiten und Ergebnissen kommt, die langfristig für uns alle schädlich sind.“ Es komme jetzt darauf an, „einen kühlen Kopf zu bewahren, gute Politik zu machen, Stabilität herzustellen und uns den neuen Herausforderungen auch mit klugen Entscheidungen zuzuwenden. Dann können wir auch wieder die Chancen nutzen, die vor uns liegen.“

»Viele haben den Eindruck, die Politik stopft hier und da ein paar Löcher im Rumpf des Boots, aber seetüchtig werden wir dadurch nicht.«

Maximilian Stockhausen

Fazit

Die Jüngeren heute sind keine „No Future“-Generation, sondern eher eine „Better Future“-Generation.

Pekka Sagner

Eine bessere Zukunft ist möglich, wenn wir auch in strukturschwache Regionen gezielt in Angebote für junge Menschen investieren. Dafür brauchen wir starke Kommunen, die diese Angebote auch vorhalten können und Räume für junge Menschen, um sich selbst zu verwirklichen und um ihre Perspektiven aktiv einzubringen.

Elisabeth Kaiser

Wir haben Grund zum Optimismus, auch in Zukunft unser Wohlstandsniveau zu halten.

Maximilian Stockhausen

Zuversicht ist begründeter Optimismus. Dass fast 60 Prozent der jungen Menschen trotz Krisen und Sorgen zuversichtlich in die eigene Zukunft blicken, macht Mut und gibt Hoffnung. Der Riss geht dabei nicht durch die Parteien der Mitte, sondern durch die Parteien der Ränder. Mehr als zwei Drittel der jungen Menschen, die zu CDU, SPD und Grüne tendieren, blicken eher mit Zuversicht in die eigene Zukunft. Bei den Anhängern der Linken und der AfD überwiegen die Pessimisten.

Junge Menschen sind auch in Deutschland auf der Suche nach einer positiven Zukunftserzählung. Das Aufstiegsversprechen, wonach sich Leistung und Anstrengung lohnen, ist essenziell für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft, in der das individuelle Vermögen nicht allein vererbt, sondern auch erworben werden kann. Der Verlust der persönlichen Zukunftsvision kann zuerst zu Demotivation und dann zu Demokratieverdrossenheit führen.

Eine bessere Zukunft ist möglich für die nächste Generation, wenn wir uns jetzt anstrengen, die richtigen Entscheidungen treffen, Reformen machen und dann merken, es wird besser!

Pascal Reddig

Ich habe ein Freiwilliges Soziales Jahr gemacht in einem Kinderheim. Mich hat das so stark geprägt, dass mich das Thema Kinderarmut seitdem nicht mehr losgelassen hat und ich mich dann auch später als Ministerin dafür eingesetzt habe.

Lisa Paus

Fast alle jungen Menschen wünschen sich mehr Investitionen in die Zukunft: Bildung, bezahlbarer Wohnraum, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Mobilität und Stärkung der Demokratie. Und weniger Kosten im Alltag: Steuern und Abgaben und den Erwerb von Wohneigentum. Die Eigenkapitalhürde sowie die hohen Erwerbsnebenkosten sind die größten Hürden auf dem Weg ins Wohneigentum. Der Eigentumswunsch junger Menschen ist auch eine Frage nach Chancen- und Generationengerechtigkeit.

Wenn Leistung als sinnlos empfunden wird und der Traum vom Eigentum sich nicht erfüllt, verliert ein Land seine Zukunft. Der Glaube an die Werte des Grundgesetzes und der Demokratie sind unter den jungen Menschen ebenso hoch wie ihr Vertrauen in Parteien und Unternehmen gering ist. Die Älteren sind jetzt in einer Bringschuld: Welches Land wollen sie der nächsten Generation, ihren Kindern und Enkelkindern hinterlassen?



IMPRESSUM

Herausgeber:
Verband der Privaten Bausparkassen e.V.
Klingelhöferstraße 4
10785 Berlin

Redaktion:
Institut für Zukunftspolitik
Schwiebusser Straße 44
10965 Berlin
Telefon: 0049-30-44047805
www.zukunftspolitik.de

Projektleitung:
Dr. Daniel Dettling

Gestaltung:
EINS 64 Grafik-Design, Bonn

re:publik
Institut für Zukunftspolitik

 Verband der Privaten
Bausparkassen e.V.

